

Neussener Zeitung

Amthliches Kreisblatt



Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis vierteljährlich einschl. der Zölle. Beilage „Bunte Blätter“ zu Neuz 1,50 Mk., durch die Post bez. 1,65 Mk., mit Illustr. Unterhaltungsblatt 1,80 Mk., durch die Post bezogen 1,95 Mk. Verantwortlich für die Schriftleitung: Th. Jossen, Neuz.

Druck und Verlag: Rob. Rood, Neuz.

Anzeigen 15 Pfg. die 7zeilige Petzeile oder deren Raum, auswärtige 20 Pfg. Kleinanzeigen 60 Pfg. die 3zeilige Petzeile oder deren Raum. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Josef W. Ried, Neuz. Expedition: Neuz, Neuzstr. 1. Tel. 52.

Nr 34.

Montag, 14 Februar (Valentinus.)

1910. 85. Jah g.

Die Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 12. Februar.

Heute füllen sich Haus und Tribünen nur sehr allmählich, vor vielen leeren Bänken muß der erste Redner der Freisinnigen, Dr. Bachmann, seine Ausführungen beginnen, auch am Ministerisch sieht man nur wenige Köpfe, an seinem Sitzplatz aber bereits bei Beginn der Sitzung den Reichstanzler v. Bethmann Hollweg, der dem Redner längere Zeit aufmerksam folgt, dann aber zeitweise abgerufen wird.

Dr. Bachmann führt aus, mit dem Ministerpräsidenten lohne sich zu diskutieren, weil er, wie seine Rede zeigte, die Probleme seinerseits in ihren Tiefen zu erfassen suche. Die Form des Wahlrechts ist nicht, wie der Ministerpräsident meint, nur ein Gefäß, wie das Wahlrecht, so die Volksvertretung. Es ist nicht gleichgültig, welcher Partei das Wahlrecht Vorteile schafft. Die Vertretung der Berufe im preussischen Parlamente entspricht nicht der Verteilung der Berufe im Volke. Wir haben kein Volkshaus, sondern ein Ständehaus. Der Ministerpräsident hat grübelnd auf die Kulturleistungen Preußens hingewiesen, die unter dem jetzigen Wahlrecht geschaffen wurden. Wenn die Folgen des Wahlrechts in Preußen nicht so traurig waren, so lag es daran, daß das Reichstagswahlrecht auch nach Preußen hinüber wirkt. Aber auch weber auf dem Gebiete der Steuer noch der Eisenbahn noch der sozialen Frage hat Preußen so gearbeitet, wie wenn es ein Parlament hätte, das mehr Rücksicht auf die breiten Volksschichten nehmen müßte. Bei seinem historischen Rückblick auf das Wahlrecht hat der Ministerpräsident die ersten Jahre vergessen, in denen aus dem Wahlrecht die Landratsämter hervorgegangen sind, die Stätte schlimmster Reaktion. Herr v. Jellisch erklärte die Macht der Konservativen aus der Persönlichkeit ihrer Führer. Gewiß, der Wille zur Macht gehört zur Ueberlieferung der konservativen Partei, aber hier entscheidet doch nicht die Persönlichkeit, sondern die Zahl! Kraft ihrer 152 Abgeordneten üben die Konservativen ihren Einfluß aus. Diese hohe Zahl verdanken sie hauptsächlich dem Wahlrecht. Gibt es wirklich keine Parteiregierung? Wie kommt es denn, daß alle höheren Stellen mit Konservativen besetzt sind? (Lebhafter Beifall links.) Wir verkennen die Verdienste Preußens um das Reich nicht, nicht aus Nationalstolz, sondern aus Wirklichkeitsinn. Darin treten wir den sozialdemokratischen Ausstellungen durchaus entgegen. Wir wollen durchaus nicht mit der Sozialdemokratie konkurrieren, sondern ziehen zwischen ihr und uns scharf die Scheideklinte, wo wir es für nötig halten. Der Ministerpräsident klagte, daß die politische Erziehung nicht mehr vom Parlamente ausgehe. Dieser Vorstoß gegen das Parlament war nicht nützlich, am wenigsten für einen Staatsmann, der noch am Anfang seiner Laufbahn steht. (Beifall links.) Ist denn die Regierung das Zentrum, das die politische Erziehung ausstrahlt? Werden vielleicht die Herren von der Rechten von Scheuer geschüttelt, wenn sie das Wort Minister hören? (Heiterkeit.) Nein, noch heute sind die deutschen Parlamente eine Summe von Intelligenz, sie leisten eine fülle geistiger Arbeit, so daß sicherlich ein erzieherische Wirkung erzielt wird. Tag für Tag geht ein Strom frischen Lebens vom Parlament ins Land und befruchtet es. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten über das Parlament streifen nur die Oberfläche, treffen nicht den Kern; der ist in Deutschland auch noch heute gesund. Da brauchen wir den Vergleich mit andern Ländern nicht zu scheuen, und wenn das Parlament nicht den nötigen erzieherischen Einfluß hat, dann trägt nur die Regierung die Schuld, die stets verläßt hat, den Parlamentarismus niederzuhalten. Warum hüllt sich der Ministerpräsident in den Mantel des Philosophen und ist auf eine so hohe philosophische Warte gestiegen, wenn im Tal nur ein solches unbedeutendes Ereignis liegt, wie dieser Entwurf. Mit der Vorlage hat der Ministerpräsident einen Mißgriff gemacht. Er zeigt eine Geringschätzung der öffentlichen Meinung. Bei uns hat sich alles geändert, nur nicht der preussische Geheimrat.

Auf die letzten Redner und Einer kommt es uns nicht an, sondern darauf, daß endlich einmal Hand angelegt wird an die Ungerechtigkeit, daß eine Hälfte der Bevölkerung 303, die andere 140 Abgeordnete wählt, daß der Weizen schwächer als der Oken, die Industrie schwächer als die Landwirtschaft gestellt wird. Die Gliederung in drei Klassen wird beibehalten, obwohl sie einem Wähler dasselbe Wahlrecht gibt, wie 1000 andern. un soll bei der Gliederung in drei Klassen nach konservativer Bezeichnung die zweite Klasse, und in dieser der Mittelstand, den Ausschlag geben. Die konservative Partei tut alles, um den bei unvorwundenen Mittelstand im Wahlrecht zurückzudrängen, denn nachweislich ist der Mittelstand nicht in der zweiten Klasse. Die dritte Klasse wird im Entwurf zur Armenklasse gemacht. (Beifall links.) Was zur Begründung der öffentlichen Wahl gesagt wird, ist das klügliche, was zu dieser Frage geleistet worden ist. (Beifall links.) Andere Staatsmänner, andere Länder führen die geheime Wahl ein, der preussische Ministerpräsident aber hält dem Weltgeistes die Faust entgegen. (Beifall links.) Gegen die öffentliche Wahl spricht vor allem der Terrorismus von oben und unten. Das Aufsteigen in die höheren Stufen ist eine Kränkung für alle, die nicht aufsteigen; die Gewerbetreibenden, der Bauernstand, die Lehrer, und zwar gerade die älteren, die nicht in der Lage waren, das Einjährigenehnen zu erwerben, die meisten Künstler, ich erinnere an Lenbach, der ursprünglich Maurerlehrling war. Ich nehme ja an, daß dieser Punkt noch wesentlich geändert werden wird, wenn überhaupt etwas herauskommen soll. Ob das aber geschehen wird, vermag heute niemand zu sagen. Die Konservativen haben sich in ihrem Urteil klug zurückgehalten, obwohl sie ja eigentlich zustimmen könnten, denn gegen sie richtet sich die Vorlage wahrhaftig nicht. Das Zentrum? Ja, wer kann wissen, wie das Zentrum sich stellt. (Stürmische Heiterkeit.) Für uns ist die Vorlage schon deshalb unannehmbar, weil sie das geheime Wahlrecht nicht entthält. Zukünftig können nur die Sozialdemokraten sein, denn hier haben sie einen Aitationsstoff, wie er besser nicht zu wünschen ist. Ich bitte die Sozialdemokraten, machen Sie keine Straßen-

demonstrationen, sonst fördern Sie das Geschäft der Gegner eines besseren Wahlrechts. Warum hat uns der Ministerpräsident eigentlich dieses Minimum von Reformen überhaupt vorgelegt? Seine Rede war doch mehr ein Plädoyer gegen als für jede Reform. (Sehr richtig! links.) Der Abgeordnete Schiffer sagte schon, er konnte an der Thronrede nicht vorbei, aber es kam noch hinzu: er fand eine veränderte politische Lage vor: Konservative und Zentrum hatten sich wieder genähert und deshalb mußte eine Reform gemacht werden, die keinen von ihnen verletzete. (Sehr gut! links.) Mit dieser Vorlage hat sich Herr v. Bethmann hinter die vom Fürsten Bülow gesteckte Linie zurückgezogen. (Beifall links.) Weil der Unterschied zwischen Reichs- und Landespolitik gemacht wird, deshalb kommen wir in der Politik nicht vorwärts. Zum Schluß ein Wort über das Reichstagswahlrecht. Reich oder Reichstagswahlrecht, rief Herr v. Jellisch. Das ist ein gefährliches Wort. (Beifall links.) Das heißt doch: das Reich ist in Gefahr, also fort mit dem Reichstagswahlrecht. Wie unterscheidet sich das noch Herr v. Jellisch von Herrn v. Oldenburg? (Heiterkeit.) Herr v. Jellisch ist nicht so kriegerisch (Sturm, Heiterkeit.), er kämpft nicht mit Bajonetten, sondern mit Paragraphen. Trotzdem bleibt das böse Wort des Herrn v. Jellisch eine schwere Herausforderung des Reichstages. (Beifall links.) Dabei hat der Reichstag weder in nationalen noch in sozialen Fragen versagt. (Sehr gut! links.) Was sich im Reich bewährt hat, das wird sich auch in Preußen bewähren. In Tagen nationaler Not hat sich der Staat immer am besten auf die vollberechtigten Bürger stützen können. Man soll daher schon in ruhigen Zeiten ein preussisches Parlament schaffen, das die Garantien für die gleichmäßige Vertretung aller preussischen Staatsbürger bietet. (Lebhafter Beifall links.)

Ministerpräsident Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe nicht die Absicht, in eine Polemik einzutreten gegen die Ausführungen des Abg. Bachmann, die wir lobend geteilt haben. (Beifall rechts.) Das, was ich für erforderlich gehalten habe, zur Wahlrechtsfrage zu sagen, habe ich am vorgelegten Tage gesagt (Zuruf links: „Herzlich wenig!“) Dagegen aber muß ich Widerspruch erheben, daß Herr Abg. Bachmann es so dargelegt hat, als wenn die Regierung ein Rückzugsgesicht mit dieser Vorlage anträte. Glauben die Herren, daß ich mich zum Spaß hier her stelle und eine Vorlage einbringe, die in einschneidender Art unser Verfassungsleben ändert? Ich habe vorgestern gesagt, daß die königliche Staatsregierung hinter dieser Vorlage steht. Und ich habe Anspruch darauf, daß das als Ernst genommen wird, was ich Ihnen im Namen der Staatsregierung erkläre. (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. Markewitz (Koni.): Einer der Redner der Linken sagte, daß neue Momente für die Vorlage nicht vorgebracht sind. Ich meine, daß für die Aufrechterhaltung des Bestehenden neue Gründe nicht erforderlich sind. Aber diejenigen, die eine Änderung erstreben, müßten Gründe dafür angeben, und ich habe selbst von Bachmann neue Momente nicht gehört. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Herr Ströbel hat diese Argumente aus der abgelaufenen Zeit des jus primae noctis genommen. (Abg. Liebknecht: „Gibt es ja noch!“) Herr Liebknecht würde sich einen Verdienst erwerben, wenn er uns sagte, wo es das noch gibt und ausgeübt werde. (Große Heiterkeit.) Die Meinungen über das Wahlrecht gehen noch wie vor so auseinander, daß ein Ende nicht abzusehen ist. Das würde Geschrei der radikalen Linken gegen das preussische Wahlrecht kann natürlich durch diese Vorlage nicht gebannt werden. Wie hat man in der Presse nicht die Väter dieser Vorlage geschimpft. Herr Ströbel sprach von Volksverdummung, von einem Nachschuß. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Vielleicht werden sie noch bescheiden. Ich gehe auch für die Hoffnung noch nicht auf. (Heiterkeit.) In der Presse wurde in Verbindung mit dieser Vorlage sogar von niedriger Gefinnung gesprochen, und es zeigt sich in der Kritik dieser Vorlage der innere Zusammenhang der Sozialdemokratie mit dem „Berliner Tageblatt“, das naive Gemüter noch für ein bürgerliches Blatt halten. (Heiterkeit rechts. — Abg. Borgmann: „Alles neu?“) Das ist ganz gleichgültig, ob es neu ist. (Abg. Borgmann: „Das haben wir alles schon gesehen!“) Dann haben Sie es nicht verstanden. (Große Heiterkeit.)

Das „Berl. Tagebl.“ sagt in seiner Rut vom Ministerpräsidenten, er habe sich schon als Knabe im Familienstolz gebläht und habe seine Karriere durch Protektion und Familienbeziehungen gemacht. Auch von den übrigen Herren, die an der Vorlage gearbeitet haben, sagt es, daß sie durch Vetternmilde und Familienbeziehungen in die Höhe gekommen seien. Die Herren auf der Linken wollen eben unser preussisches Wahlrecht ganz abschaffen. In der Demokratisierung Preußens sehen sie ihren Vorteil. In Preußen sehen sie allein den Hindernisgrund für die weitere Demokratisierung des Reiches. Herr Träger tritt sich. Meine Partei lehnt dem Reichsverbanden durchaus keinen Widerspruch entgegen. Unsere Haltung entspricht durchaus dem föderativen Charakter des Reiches. Herr Träger sagt: Durch die Vorlage sei eine gewaltige Erregung entstanden. Warum regen sich die Herren auf? Wir haben uns ja auch nicht aufgeregt, als in Bayern das Wahlrecht geändert wurde. In der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie (Lachen bei den Sozialdemokraten. — Zwischenruf des Abg. Leinert.) Ja, Herr Leinert, Sie werden doch erlauben, daß man in Preußen noch etwas gegen die Sozialdemokraten schreiben darf! (Heiterkeit.) In der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie schreibt ein Nationalliberal aus Süddeutschland, er könne nicht begreifen, weshalb man außerhalb Preußens in diese rein preussische Angelegenheit einreife. Was würden die Demokraten dort für ein Geschrei machen, wenn Preußen Wien machte, in ihren Wahlrechtsfragen einzugreifen? Wir stimmen dem Ministerpräsidenten zu, wenn er ausgeführt hat, daß die Wahlreform Preußens die eiaente Sache des preussischen Staates ist. Daß wir gegen eine Wahlreform überhaupt Bedenken haben, ist wiederholt auseinandergelegt worden und die Gründe stimmen zum Teil mit dem überein, was Freiherr v. Jellisch ausgeführt hat. Angesichts der fortwährenden Demokratisierung im Reich

glauben wir an dem alten konservativen Charakter des preussischen Staates mit Zähigkeit festhalten zu müssen. (Sehr richtig rechts.) Es ist politischer Selbstmord auf Seiten der Freisinnigen, wenn sie dieses Wahlrecht für sich erstreben und so schlecht sind, daß sie nicht, daß wir ihnen das gönnen. (Abg. Jellisch links.) Wir wünschen sie noch recht lange weiterzubehalten. (Heiterkeit und Zuruf: „Kühnende Fürsorge!“) Ueber Fürsorgeerziehung sprechen wir nachher. Es wäre immerhin möglich, daß einzelne Parteien des Hauses derselben dringend bedürfen. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Träger will den Mehrheitswillen des Volkes zur Geltung bringen und es meint, wenn die Mehrheit des Volkes eine solche Reform will, dann könne die Regierung nicht länger Widerstand entgegensetzen. Wo ist denn dieser Mehrheitswille des Volkes offiziell in die Erscheinung getreten? Etwa bei den Landtagswahlen? Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß die Konservativen mit gutem Gewissen vor ihre Wähler getreten sind und die Wähler haben uns Recht gegeben. Sie (nach links) haben die herrschende Stellung nie im Hause gehabt und haben sich doch auch nicht bemüht, das Wahlrecht abzuändern. (Sehr richtig rechts.) Damals gefiel es Ihnen so ausgezeichnet, daß es Ihnen gar nicht einfiel, dasselbe zu ändern. (Heiterkeit.) Hier sind viele Zitate von Männern angeführt worden, die sich zum Teil für, zum Teil gegen das geheime und direkte Wahlrecht ausgesprochen haben. Der Abg. Schiffer hat uns aber sogar die Mitteilung gemacht, daß eine Petition eingegangen sei von den Konservativen in Minden - Lübbecke, in welcher das geheime Wahlrecht gefordert wird. Ich habe der Sache nachgeforscht und habe festgestellt, daß vor etwa 30 Jahren eine solche Petition aus Minden - Lübbecke hierher gekommen ist. (Schallende Heiterkeit.) Das man aber die Sache im Hause nicht mehr genau feststellen kann. (Zuruf: „Im vorigen Jahre“), das im vorigen Jahre eine Petition hierhergekommen ist, ist mir von dem Vertreter des Wahlkreises ausdrücklich verneint worden. (Lachen links.) Wenn wir die liberalen Stimmen gegen die geheime Wahl angeführt haben, so haben wir es getan, weil wir die Autorität der Männer hochschätzen, die solche Ansprüche getan haben. Aber Herr Schiffer hat bei der Einführung dieser Stimmen aus Minden - Lübbecke wohl weniger die Autorität, als das ehrwürdige Alter dieser Stimmen im Auge gehabt. (Große Heiterkeit.) Der nationalliberale und der freisinnige Redner haben sich beide auf die Äußerung der Thronrede vom Jahre 1908 über die Wahlreform bezogen, und den Vorwurf ausgesprochen, daß die Regierung eigentlich der damaligen Ankündigung nicht in der richtigen Form gefolgt ist. Ich habe immer gefunden, daß den Ausführungen der Thronreden nicht immer das volle Gewicht beigelegt wird, wie in dieser besonderen Frage. ... Das ist das Bedenkliche, daß das Herumdoktern am Wahlrecht, wie es uns A. B. Scherndorfer kein Ende nimmt. Mit der Maximierung sind wir einverstanden. Es ist sonderbar, daß die Abgeordneten Träger und Schiffer, die doch das Plutokratische im Wahlrecht beseitigen wollen, nicht für die Maximierung sind. Diese Haltung bemerkt eigentlich, daß das jetzige Wahlrecht gar nicht so plutokratisch ist, gegen die direkte Wahl hat Hr. v. Richthofen unsere Bedenken scharf zum Ausdruck gebracht. Es sieht nie wozus in den Worten des Abg. Träger, daß das Dreiklassenwahlrecht durch die Beseitigung des Wahlmannes seine Grundlage verliert. Der Wahlmann, der politisch-gesulte Bürger von Fleisch und Blut, soll durch ein Rechen-Exempel verkehrt werden, von dessen Lösung man sich gegenwärtig keine Vorstellung machen kann.

Es muß Maßnahmen im Staate geben, um den Terrorismus im Staate zu beseitigen. Wir werden den Versuchen, das Wahlrecht nach der Richtung der geheimen Stimmabgabe abzuändern, den heftigsten Widerspruch entgegenzusetzen. Was die Frage der Drittelung auch innerhalb der Wahlbezirke betrifft, so erkläre ich namens meiner Freunde, daß wir nicht geneigt sind, diese Grundlagen des Wahlrechts aufzugeben. Wir werden in im Ausschusse die näheren Gründe der Herren, die diese Mäßigkeit vertreten, hören. Aber es müßten sehr gute Gründe sein, wenn diese uns veranlassen können, von unserem Standpunkte abzugehen. Krause tritt dafür ein, daß Handel und Industrie denselben Wert, wie die Landwirtschaft hätten. Bezgl. der Wahlkreiseinteilung steht er auf dem früheren Standpunkte der nationalliberalen Partei. Die Forderung der Nationalliberalen ist die geheime Wahl. Am allgemeinen wendet er sich gegen die Ausführungen des Freiherrn von Jellisch. Bezgl. der Annahme der Vorlage ist er sehr optimistisch. Er meint, wenn das Abgeordnetenhaus die Vorlage annähme, auch das Herrenhaus ihr zustimmen würde. In einer Parteiregierung könne er an und für sich nichts für den Staat gefährlicheres sehen. Er kommt dann auch noch auf religiöse Toleranz zu sprechen, die bisher nicht in dem Maße zutage getreten sei, wie man es fordern müsse.

Gerichtssaal.

Z. Neuz, 12. Febr. Vom Schöffengericht freigesprochen, am 24. Oktober 1909 ohne obrigkeitliche Genehmigung in Oberkassel eine Auspielung öffentlich veranstaltet zu haben. — Der Kutscher Karl H. aus Gehlenhof bei Gelnhausen, der im Jahre 1908 durch Vorspiegelung einen Kohlenhändler um 41,42 M. geschädigt zu haben. Das Gericht setzte für ihn eine Geldstrafe von 10 M. fest. — Wegen Sachbeschädigung, bezogen am 28. November 1909 wurde der Fabrikarbeiter Josef H. aus Herdt zu 3 M. Geldstrafe verurteilt. — Von der Anklage, bei Dornagen unberechtigt am 19. Dezember v. J. gejagt zu haben, sprach das Gericht einen Werksstättenarbeiter aus Dornagen frei. — Mit je 3 M. Geldstrafe wurde der Arbeiter Josef S. und der Schmied August R., beide von hier, bestraft. Sie hatten die Staatsbahn geschädigt. — Durch Vorspiegelungen hatte der Kutscher Mathias L. aus Düsseldorf im Oktober 1909 ein unberechtigt 2,40 M. zu verschaffen gewußt. 14,50 M. hatte er außerdem unterschlagen. Er muß eine Woche ins Gefängnis. — Ebenfalls eine Woche Gefängnis hat der Agent Ludwig St.

15. Februar 1910.

1992

